

Kielmannsegg, P. Graf (2017), »Populismus ohne Grenzen«, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 13. Februar, 6.

Kitschelt, H.P. und A. McGann (1995), *The Radical Right in Western Europe*, The University of Michigan Press, Ann Arbor.

Kriesi, H. (2005), »The Mobilization of the Political Potentials Linked to European Integration by National Political Parties«, Paper präsentiert bei der Conference on "Euroscepticism", Amsterdam.

Kriesi, H., E. Grande, R. Lachat, M. Dolezal, S. Bornschieur und T. Frey (2006), »Globalization and The Transformation of the National Political Space: Six European Countries Compared«, *European Journal of Political Research* 45(6), 921–956.

Polk, J., J. Rovny, R. Bakker, E. Edwards, L. Hooghe und S. Jolly (2017), »Explaining the Salience of Anti-Elitism and Reducing Political Corruption for Political Parties in Europe with the 2014 Chapel Hill Expert Survey Data«, *Research & Politics* 4(1), 1–9.

Rooduijn, M. und T. Akkerman (2017), »Flank Attacks: Populism and Left-Right Radicalism in Western Europe«, *Party Politics* 23(3), 193–204.

Nikolaus Kowall*

Globalisierung, Freihandel und Rechtspopulismus

Die Reallokation von Ressourcen im Rahmen der Globalisierung limitiert staatliche Handlungsräume. Gleichzeitig orientiert sich die Wirtschaftspolitik der EU unter diesen Bedingungen auf eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit zur Steigerung von Exporten. Dieser Fokus schränkt Spielräume für Wirtschaftspolitik und Umverteilung nochmals ein. Der Verlust staatlicher Souveränität hat mit dem Rechtspopulismus eine antimoderne politische Strömung auf den Plan gerufen, die das Primat der Politik explizit auf nationaler Ebene restaurieren möchte. Dagegen müssen moderate Kräfte eine progressive Idee für die Wiedererlangung demokratischer Souveränität setzen. Eine Antwort für Europa läge im sozialen Binnenmarkt, also einer verstärkten Integration Europas bei gleichzeitigem Stopp politischer Maßnahmen zur weiteren Integration der EU in den Weltmarkt, sowie einer Wiederherstellung des Primats der Politik auf europäischer Ebene zur Durchsetzung von mehr wirtschaftlicher Binnendynamik.

Die Schattenseiten der Globalisierung sind spätestens seit der Brexit-Abstimmung und dem Wahlsieg Donald Trumps in aller Munde. Für etliche Branchen, Regionen und Bevölkerungsgruppen waren die Folgen der globalen ökonomischen Integration im Saldo eher negativ als positiv (vgl. Milanovic 2012; Autor et al. 2014; 2016). Flassbeck (2017) ist der Auffassung, dass die Ausweitung des Welthandels kein sozioökonomisches Problem darstellt, so lange sie durch eine entsprechende Wirtschaftspolitik begleitet und abgefedert wird. Indem der Staat seiner Aufgabe nachkommt, für Vollbeschäftigung zu sorgen, seien strukturelle Umwälzungen im Sinne einer schöpferischen Zerstörung – egal ob durch Produktivitätszuwächse oder durch Freihandel induziert – zu bewältigen. Geht Vollbeschäftigung einher mit sozialversicherungspflichtigen Vollzeitjobs und Mindestlöhnen, ist die existentielle Bedrohung für den Einzelnen tatsächlich marginal.

Diese Gedanken sind theoretisch zutreffend, aber in der realen Welt ist es wohl kein Zufall, dass sich eine auf Vollbeschäftigung orientierte Politik in einer Phase zunehmender Globalisierung nicht mehr durchsetzen konnte. Alle Vertiefungen des Welthandels sind letztlich Folgen politischer Entscheidungen, aber die Globalisierung selbst hat wiederum vielerlei politische Entschei-

* Dr. Nikolaus Kowall leitet die Geschäftsstelle des Forschungsinstituts für gesellschaftliche Weiterentwicklung in Düsseldorf.

dungen nach sich gezogen. Herkömmliche politische Instrumente wie die traditionelle Industriepolitik verloren an Wirkung, während neue politische Instrumente wie eine »Standortpolitik« plötzlich plausibel wirkten. Es gibt keinen Sachzwang, Kapitalverkehrskontrollen abzubauen, Freihandelsabkommen abzuschließen oder Finanzmarktförderungsgesetze auf den Weg zu bringen. Das Drehen an diesen Schrauben kann jedoch pfadabhängige Folgewirkungen haben, die später beinahe den Charakter eines Sachzwangs aufweisen. Dies führt anstelle von aktiver Wirtschaftspolitik oftmals zu Passivität, weil politische Entscheidungen, mit denen man in der Vergangenheit Liberalisierung befördert hat, in der Gegenwart politischen Spielraum limitieren.

Aus der Sicht staatlicher – und das geht regelmäßig Hand in Hand mit demokratischer – Souveränität verursacht die neue Allokation der Ressourcen im Rahmen der wirtschaftlichen Globalisierung einen erheblichen Verlust von Handlungsspielraum. Ob dies im Detail beklagenswert ist oder nicht, bleibt erstmals eine normative Frage, in jedem Fall ist es erhellend, den Kontrollverlust systematisch darzustellen: Aus Perspektive staatlicher Einflussnahme bedeutet *Freihandel* einen Kontrollverlust über tarifliche, soziale und ökologische Produktionsstandards von Importen. Das kann mit Lohn-, Sozial- und ökologischem Dumping sowie mit Arbeitslosigkeit einhergehen. *Investitionsfreiheit* bedeutet einen Kontrollverlust über den Standort der Wertschöpfung und deren Besteuerung. Das kann zu Arbeitslosigkeit, Steuerausfall und Steuerwettbewerb führen. *Personenfreizügigkeit* bedeutet – und hier ist die marxistische Diktion am pointiertesten – einen Kontrollverlust über die Größe der industriellen Reservearmee. Dies kann zu Lohndruck und Arbeitslosigkeit führen. *Kapitalfreizügigkeit* bedeutet einen Kontrollverlust über Besteuerung der Erträge heimischer Wirtschaftssubjekte. Dies geht oft einher mit Steuerflucht und Steuerhinterziehung. Die negativen Folgen treten nicht notwendigerweise auf, sie können gewisse Branchen, Bevölkerungsgruppen und Regionen betreffen und andere nicht, insgesamt können andere positive Effekte die negativen überwiegen. Gezeigt werden soll nur, dass staatliche Kontrolle innerhalb der genannten Kanäle objektiv verloren geht.

ALLOKATION DETERMINIERT UMVERTEILUNG

Felbermayr (2017, S. 7) argumentiert nun, dass jene, die durch eine Reallokation der Ressourcen im Zuge des Freihandels schlechter gestellt wurden, durch Umverteilung kompensiert werden könnten, weil »Regierungen auch in offenen Volkswirtschaften gestalterisch eingreifen können«. In einer Modellwelt hat diese Behauptung Richtigkeit. Selbst in der realen Welt wird der verbliebene Handlungsspielraum oftmals unterschätzt. Es gibt jedoch wesentliche Gründe, die gegen eine prinzipielle Unabhängigkeit von Allokation und Verteilung sprechen. So bewirkt etwa eine Allokation im Sinne des Freihandels eine neue Prio-

ritätensetzung der Wirtschaftspolitik mit Fokus auf Absatzsteigerungen im Außenhandel. Diese Strategie wird etwas unpräzise als »Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit« oder als »Verbesserung der Standortbedingungen« bezeichnet. Die Strategie wurde vom aktuellen Kommissionspräsident Jean Claude Juncker sowie von seinen beiden Vorgängern, genauso wie vom einflussreichsten Mitglied des Europäischen Rates Angela Merkel, zum zentralen wirtschaftspolitischen Ziel der EU erklärt. Die Politikempfehlungen der jährlich erscheinenden »Competitiveness Reports« der EU-Kommission sind dementsprechend exklusiv auf angebotsseitige Maßnahmen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit ausgerichtet (vgl. Kowall 2016). Diese Ausrichtung geht einher mit einer Verschiebung der Machtbalance zugunsten der Interessenslagen exportorientierter Unternehmen. Je kleiner und offener die Volkswirtschaft, desto größer die Gefahr, nur noch als Filiale internationaler Industrieinteressen zu fungieren, und je geringer der eigene Kapitalstock, desto schwerer wiegt dieser Umstand.¹ Das stimmt vor allem für eine reale Welt, in der Lehrbuch-Freihandel nicht existiert, sondern Staaten merkantilistische Strategien nützen, um höhere Exportmarktanteile zu lukrieren.

So hat beispielsweise die deutsche Wirtschaftspolitik in den letzten 15 Jahren den Standortwettbewerb verschärft. Die Exportorientierung führte zu erhöhten Ausfuhren, die prozyklische restriktive Finanzpolitik in der ersten Hälfte der 2000er Jahre (vgl. Horn und Truger 2005) hat die Einfuhren gedrosselt, und die Leistungsbilanzüberschüsse betragen aktuell über 8% am BIP.² Das widerspricht wiederum Flassbecks Credo (2010, S. 17), wonach mehr Außenhandel kein Problem darstellt, so lange der Exportweltmeister auch entsprechend viel importiert. Das deutsche Resultat unterscheidet sich nicht wesentlich von Interventionismus und Protektionismus. Man kann seine Währung durch Interventionen der Zentralbank nominell abwerten, man kann sie aber auch durch eine entsprechende Lohnpolitik real abwerten. Man kann Einfuhren durch Zölle genauso drosseln wie durch Austeritätspolitik, die die Binnendynamik dämpft. Lohnzurückhaltung und Austerität wirken auf den ersten Blick eher konform mit dem Freihandelsideal als die offensichtlichen Eingriffe, doch die subtileren Methoden sind nicht weniger wirksam. Alle Maßnahmen dieser Art bedeuten letztlich einen Missbrauch der Freihandelsrhetorik für die Durchsetzung politisch organisierter Vorteile im Außenhandel. Dieser Fokus auf Wettbewerbsfähigkeit steht oftmals in Widerspruch zu den Prioritäten Vollbeschäftigung (vgl. Flassbeck 2017) oder Umverteilung (vgl. Felbermayr 2017), weil Maßnahmen, die beiden förderlich wären, das Ziel der standortorientierten Wirtschaftspolitik (real oder vermeintlich) konterkarieren.

¹ Desto größer ist dann auch der zweifelhafte Anreiz, als Steueroase zu fungieren.

² Für die dominante Rolle der Importe in Bezug auf Leistungsbilanzüberschüsse vgl. Gaulier und Vicard (2012), Europäische Kommission (2010) sowie Feigl und Zuckerstätter (2013).



Nikolaus Kowall

Zu dieser realen Machtverschiebung kommt noch ein zweiter Faktor hinzu, der eine aktive politische Gestaltung erschwert. Die Diskursmacht jener Akteure, die aus wirtschaftlichen Interessen oder weltanschaulicher Überzeugung eine Einschränkung staatlichen Handelns befürworten, nimmt zu. Die Umdeutung der Volkswirtschaft als Unternehmen, das seine Güter auf einem Weltmarkt absetzen muss, und die Verwendung des betriebswirtschaftlichen Begriffs der Wettbewerbsfähigkeit für diese Volkswirtschaften sind starke Indizien dafür. Es gibt zahlreiche Beispiele, wie die »Wettbewerbsfähigkeit« in den politischen Diskurs gesickert ist. Der Generalsekretär des CDU-Wirtschaftsrats Wolfgang Steiger fragte, wie lange man es sich angesichts der internationalen Konkurrenz leisten könne, »gut 120 Milliarden in den Haushalt der Ministerin für Arbeit und Soziales zu pumpen?« (*Die Welt* 2014). In Bezug auf die Löhne warnte Christoph Schröder vom Institut der deutschen Wirtschaft, dass die Unternehmen aufpassen müssten, wegen gestiegener Lohnstückkosten nicht an Wettbewerbsfähigkeit zu verlieren (vgl. *Die Welt* 2013). Mit Blick auf Umweltstandards äußerte Wolfgang Eder, Präsident des Weltstahlverbandes, Zweifel, ob es in 20 Jahren aufgrund des verschärften Handels mit CO₂-Emissionszertifikaten noch aktive Hochöfen in Europa geben werde (vgl. *Focus* 2015). Es gibt keine Steuerdebatte, in der von geneigter Seite nicht davor gewarnt wird, dass höhere Unternehmensabgaben inländische Arbeitsplätze gefährden (vgl. BDI 2015), die Erbschaftssteuern die Wettbewerbsfähigkeit der Familienbetriebe bedrohen würden (Lindner, FDP gegenüber ZVW 2016) oder dass die Finanztransaktionssteuer die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen in Europa schwäche (vgl. BDA 2015).

Sozialstaat, Löhne, Umweltregulierungen und quasi alle Formen von Steuern sind nur einige prominente Beispiele dafür, in wie vielen politischen Diskussionen das Argument der Wettbewerbsfähigkeit eine dominante Rolle spielt. Das Argument hat längst die Rentendebatte, die Verschuldungsdiskussion, die Hochschul- und Bildungspolitik und sogar die Diskussion um die Früherziehung erobert. Der damalige Präsident des Europäischen Parlaments Martin Schulz argumentierte sogar, dass die Ausweitung des Datenschutzes gut für die Wettbewerbsfähigkeit sei. Die Wettbewerbsfähigkeit und die Degradierung eines Gemeinwesens zum Standort sind die wirksamsten rhetorischen Figuren jener Akteure, auf deren Agenda eine Limitation staatlichen Handelns ganz oben steht. Aus diesen beiden Gründen – der realen Machtverschiebung in einer Welt merkantilistischer Standortkonkurrenz sowie der Diskursmacht, die diese Spielanordnung für Anti-Etatisten mit sich bringt, ist Wirtschaftspolitik nicht unabhängig von Freihandel (vgl. Flassbeck 2017), und Umverteilung nicht unabhängig von Allokation (vgl. Felbermayr 2017). Ähnlich argumentiert Rodrik (2017), wenn er darauf hinweist, dass die Verlierer des Freihandels aufgrund der Verschiebung der Machtbalance keine realistische Möglichkeit hätten, von den

Gewinnern eine Kompensation einzufordern. Daher spricht er sich anstelle von Umverteilung dafür aus, die Regeln der Globalisierung zu verändern.

VAKUUM FÜR DEN RECHTSPOPULISMUS

Die letzten Jahrzehnte haben also eine Reduktion politischer Steuerungsinstrumente mit sich gebracht, und zwar sowohl aufgrund sich wandelnder Machtverhältnisse als auch aufgrund diskursgetriebener Selbstbeschränkung. Diesen Rückzug hat die traditionelle demokratische Linke in Parteien und Gewerkschaften oftmals kritisiert und den schleichenden Verlust des Primats der Politik beklagt. Zivilgesellschaftliche Gruppierungen haben sich gebildet, so etwa die globalisierungskritische Bewegung mit einigen spektakulären Großdemonstrationen rund um die Jahrtausendwende sowie in institutionalisierter Form das ATTAC-Netzwerk.

Aus komplexen und vieldiskutierten Gründen konnten diese Gruppierungen, die im Sinne von Rodrik (2017) die Regeln der Globalisierung ändern wollten, weder breiten Rückhalt in der Bevölkerung generieren, noch maßgeblichen Einfluss auf politische Entscheidungen erlangen (vgl. z.B. Crouch 2004). Stattdessen arrangierten sich Teile der traditionellen Linken in Parteien und Gewerkschaften mit der neuen Spielanordnung und mit dem reduzierten Handlungsspielraum, der sich pfadabhängig aus vergangenen Entscheidungen ergab. Die daraus folgende Unterwerfung unter reale und vermeintliche Sachzwänge führte zu einer politischen Selbstbeschränkung, die das Gefühl vermittelte, die Demokratie habe die Gestaltung der Gesellschaft nicht mehr in der Hand. Diese Handlungsunfähigkeit hinterließ ein Vakuum, und in dieses stießen politische Strömungen vor, die das Primat der Politik explizit auf der Ebene der Nation restaurieren wollten. Bei der rechtspopulistischen freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) klingt das entsprechende Postulat so an:

»Die patriotischen Grundsätze begründen für die FPÖ einen absoluten und eindeutigen Interessenvorrang des eigenen Volkes und des eigenen Staates. Die Wirtschaft hat für den Staat und das Volk die materiellen Grundlagen für eine gedeihliche Entwicklung und ein angemessenes Leben im Wohlstand zu besorgen.« (Handbuch freiheitlicher Politik 2013)

Das ist eine glasklare Formulierung des Anspruchs auf ein Primat der Politik. Die FPÖ betont in ihrem Grundsatzprogramm, dass die Globalisierung kein Naturgesetz sei und dass der vermeintlich unideologische Freihandel in Konflikt stehe mit »philosophischen Grundwerten der Humanität, der Freiheit und der Verteilungsgerechtigkeit«. Die EU, die eine Schaltzentrale der Globalisierung sei, beschränke die Gestaltungsmöglichkeiten demokratisch legitimierter nationaler Parlamente. Zuletzt beklagt die FPÖ, dass die zunehmende Marktkonzentration dem Lobbyismus Vorschub leiste.

Die meisten kontinentaleuropäischen Nationalisten und Rechtspopulisten greifen bei Fragen der Globalisierungskritik, der Wirtschafts- und Sozialpolitik und selbst beim Staats- und Demokratieverständnis regelmäßig (alt-)linke Diskurse auf. Der französische Front National steht für die Verstaatlichung der Banken und wichtiger Industriesektoren sowie für Protektionismus im Außenhandel (vgl. Dupin 2012). Die polnische PiS möchte jene Politik korrigieren, die die polnische Wirtschaft für das globale Kapital geöffnet hat, und stattdessen neue Spielregeln mit internationalen Banken und Konzernen aushandeln. Letztes Jahr wurde eine Bankensteuer eingeführt, die u.a. die Erhöhung des Renteneintrittsalters rückgängig machen soll (vgl. Wojciuk und Mikolajewski 2016). In Ungarn kam es unter Victor Orbán zu einer Nationalisierung der privaten Pensionskassen, einer Sondersteuer auf ausländische Banken und Handelsketten, einer Einschränkung der Autonomie der Zentralbank und einer Zwangsumwandlung von Fremdwährungskrediten in Forint. Orbán gilt »als Verfechter des Primats der Politik über die Wirtschaft und des Staats über die Märkte« (Léotard 2014).

Der Rechtspopulismus greift (alt-)linke Diskurse zur Herstellung des Primats der Politik auf, unterfüttert diese mit einem plebiszitär-demokratischen Impetus und reichert diesen Cocktail noch mit reaktionären gesellschaftspolitischen Vorstellungen an. Diese äußern sich in einer gehörigen Portion Autoritarismus, in einer antimodernistischen und pessimistischen Grundhaltung sowie einer bornierten Skepsis gegenüber der soziokulturellen Vielschichtigkeit der Globalisierung, die sich meist in offenem Rassismus äußert. Der Rechtspopulismus möchte letztlich die ethnisch und kulturell homogenen Gesellschaften der 1950er Jahre mit ihrer antiquierten sozialen Ordnung, über die ein handlungsfähiger Nationalstaat wachte, wiederherstellen. Die entscheidende Frage für die moderaten Kräfte in Europa lautet daher: Wie kann das Primat der Politik wiederhergestellt werden, ohne einen Rückfall in die nationale Welt des 20. Jahrhunderts zu verursachen? Wie können die Fragen, die von den Nationalisten zu Recht gestellt, aber fatal beantwortet werden, sinnvoll adressiert werden?

SOZIALER BINNENMARKT

Aus europäischer Perspektive gibt es drei wesentliche politische Weichenstellungen, die eine progressive Wiedererlangung des Primats der Politik ermöglichen könnten. Es bräuchte eine (wirtschaftliche) *Globalisierungspause*, verbunden mit einem *Wirtschaftsimpuls*, sowie einen *Europäisierungsschub*.

Globalisierungspause

Die EU ist fast gleich auf mit China und deutlich vor den USA der zweitgrößte Exporteur der Welt, es gibt aus europäischer Sicht keine objektive wirtschaftliche Notwendigkeit, weitere Freihandelsabkommen oder eine

Vertiefung der globalen Wirtschaftsverflechtungen voranzutreiben. Die EU kann versuchen, bestehende Handelsabkommen in Bezug auf soziale, ökologische und steuerrechtliche Standards nachzujustieren, wobei hier die Dosierung entscheidend ist. Felbermayr (2017) erachtet zwar ein Mindestmaß an globaler Governance als notwendig für den Welthandel, verwehrt sich aber dagegen, soziale Standards, Arbeitsstandards und lokalen Umweltschutz darunter zu subsumieren, weil damit die komparativen Vorteile eingedampft würden. Wenn es sich nicht um Dumping handelt, sondern um legitime komparative Vorteile wie klimatische Bedingungen, Spezialisierungscluster oder geographische Nähe, dann stellen solche Standards jedoch kein Problem dar. Natürlich kann ein Land mit geringerer Produktivität trotz komparativer Vorteile eher dann erfolgreich Handel treiben, wenn es auch geringere Löhne zahlen darf. In diesem Fall läge der Governance-Fokus eben auf den Lohnstückkosten, die genau das Verhältnis zwischen Arbeitskosten und Produktivität abbilden. Soziale, ökologische oder steuerrechtliche Standards können in Relation zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit durchaus unterschiedlich reguliert werden und Korridorlösungen aufweisen. Entscheidend ist nur, dass mittels wirksamer Governance ein *race to the bottom* verhindert wird. Politisch regulierte Handelsabkommen, die alle Akteure ohne Formen der Sonderjustiz einer Rechtsordnung unterstellen, untergraben das Primat der Politik *nicht*. Dazu müssten derlei Abkommen transparent zwischen den Parlamenten der beteiligten Staaten, unter Einbeziehung von Sozialpartnern und zivilgesellschaftlichen Akteuren, ausgehandelt werden. Bis sich die Idee eines solchen »zivilisierten Handels« (vgl. Kapeller et al. 2016) in der EU durchsetzt, ist zur Wiederherstellung des Primats der Politik eine (wirtschaftliche) *Globalisierungspause* geboten. Das bedeutet das Einfrieren aller Verhandlungen über weitere Freihandelsabkommen sowie keine weiteren Versuche, die deutsche Exportorientierung auf die europäische Ebene zu übertragen.

Wirtschaftsimpuls

Etwas zugespitzt könnte man sagen, dass die Strategie der EU im Allgemeinen und Deutschlands im Speziellen darin liegt, die Nachfrage auf den Weltmärkten abzugreifen, statt eigene Nachfrage zu generieren. Für Deutschland lässt sich zum Beispiel zeigen, dass im Zeitraum 1996–2011 die regionale und sektorale Handelsstruktur der stärkste Treiber der Exportentwicklung war. Im Vergleich mit den alten EU-15-Staaten wies Deutschland die am dynamischsten wachsende Nachfrage in seinen Zielregionen und Zielsektoren auf (vgl. Kowall 2016). Natürlich haben deutsche Unternehmen diese Chancen hervorragend genützt, und die kurz zuvor noch mit Abgesängen bedachte Industrie in Deutschland erwies sich plötzlich als historisch gewachsener Vorteil. Letztlich passte das deutsche Portfolio ideal zu einer Phase, in der die nachholende Industriali-

sierung in vielen Schwellenregionen der Welt Fahrt aufgenommen.³ In Europa war man die letzten 15 Jahre fasziniert von der wirtschaftlichen Dynamik, die sich in anderen Weltregionen entfaltetete, die Idee zu versuchen, diese Dynamik zu Hause zu entfachen, war politisch jedoch nicht en vogue. Alle Vorschläge, ein europäisches Konjunkturprogramm aktiv anzuschieben, wurden bisher ignoriert (vgl. z.B. Schulmeister 2010), weil die wirtschaftspolitische Diskussion – nicht unbedingt in Einklang mit der ökonomischen Forschung – das Bild der Volkswirtschaft als Unternehmen verinnerlicht hat.

Eine Fülle von Literatur deutet darauf hin, dass die Exportorientierung unter dem Strich geringere Wachstumsbeiträge generiert als die Binnendynamik. Es ist auch einleuchtend, dass die Bezieher von Masseneinkommen mit ihrer hohen Konsumneigung den privaten Konsum als Treiber der Binnendynamik stabilisieren (vgl. Reich 2010; Stiglitz 2012). Eggertsson et al. (2013) weisen in einem theoretischen Papier sogar darauf hin, dass Strukturreformen mit dem Ziel der Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit in einer Krisensituation und bei Nullzins negative Effekte auf die aggregierte Nachfrage haben. Europäische Makroökonomien haben 2016 im Rahmen eines Panels mit 67 Teilnehmenden den deutschen Leistungsbilanzüberschuss mehrheitlich als problematisch eingestuft. Die teilnehmenden Experten sprachen sich auch mit großer Mehrheit für eine expansive Fiskalpolitik in Deutschland und damit für eine stärker binnenwirtschaftlich orientierte Wachstumsstrategie aus (vgl. Haan et al. 2016).

Die keynesianische Einsicht dahinter ist eigentlich simpel. Für alle größeren Volkswirtschaften gilt, dass der Binnenkonsum eine wesentlich wichtigere Rolle spielt als der Export, und für die EU mit ihrer geringen Exportquote von 10% gilt das im Besonderen. Es ist ein Unterschied ob man eine Boomregion beliefert oder ob man eine Boomregion ist. Der Optimismus eines wirtschaftlichen Booms und sich verbessernder Lebensbedingungen kann auch in politischen Optimismus umschlagen. Für einen Kontinent, der gefühlt um seine historische Bedeutung kämpft, wäre das ein wichtiger psychologischer Impuls und würde pessimistischen und antimodernen politischen Strömungen den Nährboden entziehen. Um Hoffnung zu schöpfen, muss Europa seine wirtschaftliche Dynamik in sich selbst entfalten anstatt diese auf den Weltmärkten zu suchen.

Europäisierungsschub

Eine souveräne politische Performance – egal ob in der Außen-, Migrations-, Energie-, oder Wirtschaftspolitik – wird wesentlich einfacher verwirklicht, wenn die entsprechenden demokratischen und institutionellen Voraussetzungen gegeben sind. Auch *Globalisierungspause* und *Wirtschaftsimpuls* sind ohne einen Europä-

sierungsschub kaum durchführbar. Die gebotene *Euro-päisierung* umfasst erst einmal ein EU-Budget, aufgebracht durch eigens eingehobene Steuern und verwaltet von einem eigenen Finanzminister. Diese Vorschläge korrespondieren mit den Vorstellungen des neuen französischen Präsidenten Emmanuel Macron. Auf der Finanzierungsseite sind Eurobonds zur günstigen Refinanzierung der Mitgliedstaaten bedeutsam, sowie eine Euro-Anleihe zur Finanzierung gemeinsamer Infrastrukturprojekte, wie sie vom ehemaligen Kommissionspräsident José Manuel Barroso bereits 2010 gefordert wurde. Abgerundet würde die institutionelle Neuaufstellung durch eine Stärkung des Europäischen Parlaments gegenüber der Kommission und dem Europäischen Rat (v.a. in Bezug auf das Initiativrecht) sowie durch eine europäische Koordination der Sozialpartner.

Das Maßnahmenpaket aus *Globalisierungspause*, *Wirtschaftsimpuls* und *Europäisierungsschub* bedeutet eine verstärkte Integration Europas bei gleichzeitigem Stopp politischer Maßnahmen zur weiteren Integration der EU in den Weltmarkt, sowie einer Wiederherstellung des Primats der Politik auf europäischer Ebene zur Durchsetzung von mehr wirtschaftlicher Binnendynamik. Diese Mischung könnte man *sozialen Binnenmarkt* nennen. Der soziale Binnenmarkt wäre als demokratisch gestaltbarer Raum ein Gegenmodell zur »marktkonformen Demokratie« (Angela Merkel), in der die Politik nur noch nachträglich und unvollständig unbefriedigende Marktergebnisse korrigiert. Der soziale Binnenmarkt ist eine Chance dafür, dass Menschen das Gefühl bekommen, ihr Schicksal selbst in der Hand zu haben. Dieses Gefühl ist wiederum die wirksamste Prophylaxe gegen Nationalismus, Fremdenfeindlichkeit und Rechtspopulismus.

LITERATUR

Autor, D.H., D. Dorn und G.H. Hanson (2013), »The China Syndrome: Local Labor Market Effects of Import Competition in the United States«, *American Economic Review* 103(6), 2121–2168.

Autor, D.H., D. Dorn und G.H. Hanson (2016), »The China Shock: Learning from Labor Market Adjustment to Large Changes in Trade«, *Annual Review of Economics* 8, 205–240.

BDA (2015), »Wirtschaftsverbände warnen: Finanztransaktionssteuer hat schädliche Auswirkungen auf Bürger und Unternehmen«, Pressemeldung, verfügbar unter: [http://www.arbeitgeber.de/www/arbeitgeber.nsf/res/StN_Achterrunde_FTT.pdf/\\$file/StN_Achterrunde_FTT.pdf](http://www.arbeitgeber.de/www/arbeitgeber.nsf/res/StN_Achterrunde_FTT.pdf/$file/StN_Achterrunde_FTT.pdf).

BDI (2015), »BDI/VCI-Studie zur Steuerbelastung: Steuerlast für deutsche Unternehmen wächst stetig«, Pressemeldung, verfügbar unter: <http://www.presseportal.de/pm/6570/3201144>.

Crouch, C. (2004), *Postdemokratie*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main.

Die Welt (2013), »Warum hohe Löhne zu einer Gefahr werden können«, verfügbar unter: <https://www.welt.de/wirtschaft/article114788492/Warum-hohe-Loehne-zu-einer-Gefahr-werden-koennen.html>.

Die Welt (2014), »Der aufgeblähte Sozialstaat macht uns träge«, verfügbar unter: <https://www.welt.de/debatte/kommentare/article129354431/Der-aufgeblaehnte-Sozialstaat-macht-uns-traege.html>.

Dupin, E. (2012), »Die rote Marine Le Pen«, *Le Monde diplomatique* (4).

Eggertsson, G., A. Ferrero und A. Raffo (2014), »Can Structural Reforms Help Europe?«, *Journal of Monetary Economics* 61, Januar, 2–22.

Europäische Kommission (2010), *Product Market Review 2010–2011*, Brüssel.

³ Die sinkenden Lohnstückkosten in Deutschland während der 2000er Jahre haben die Exportperformance mit Sicherheit begünstigt, wengleich umstritten ist, wie stark der Einfluss der preislichen Komponente war (vgl. Sinn 2014; Storm und Naastepad 2015).

- Feigl, G. und J. Zuckerstätter (2013), »Wettbewerbs(des)orientierung«, Policy Paper Nr. 2 für www.Europe.
- Felbermayr, G. B. Jung und W. Kohler, Ph. Harms und J. Schwab (2017), »Ricardo – gestern und heute«, *ifo Schnelldienst* 70(9), 3–18.
- Flassbeck, H. (2010), *Die Marktwirtschaft des 21. Jahrhunderts*, Westend Verlag, Frankfurt am Main.
- Flassbeck, Heiner (2017), »Was die Wirtschaft antreibt: Globalisierung, Automatisierung und Wirtschaftspolitik« auf dem Blog Makroskop, 24. Mai.
- Focus Online* (2015), »Stahlindustrie mit Existenzsorgen – Branche schlägt laut Alarm«, verfügbar unter: http://www.focus.de/finanzen/news/wirtschaftsticker/stahlindustrie-mit-existenzsorgen-branche-schlaegt-laut-alarm_id_4504895.html.
- FPÖ (2013), *Handbuch freiheitlicher Politik*, 4. Auflage, FPÖ-Bildungsinstitut, Wien.
- Gaulier, G. und V. Vicard (2012), »Current account imbalances in the euro area: competitiveness or demand shock?«, Banque de France, *Quarterly Selection of Articles*, Nr. 27, Herbst.
- Haan, W. den; M. Ellision, E. Ilzetzji, M. McMahon und R. Reis (2016), »The danger of Germany's current account surpluses: Results of the CFM and CEPR Survey«, *VOX CEPR Policy Portal*, verfügbar unter: <http://voxeu.org/article/danger-germanys-current-account-surpluses-results-cfm-and-cepr-survey>.
- Horn, G. und A. Truger Achim (2005), »Strategien zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte«, *WSI-Mitteilungen* (8), 425–432.
- Kapeller, J., B. Schütz und D. Tamesberger (2016), »From Free to Civilized Trade: A European Perspective«, *Review of Social Economy* 74(3), 320–328.
- Kowall, N. (2016), *Preise, nichtpreisliche Wettbewerbsfähigkeit und ausländische Nachfrage im Außenhandel*, Dissertation, Wien.
- Lavoie, M. und E. Stockhammer (2012), »Wage-led growth: Concept, theories and policies«, ILO Conditions of Work and Employment Series, Nr. 41.
- Léotard, C. (2014), »Die Verteidigung Ungarns«, *Le Monde diplomatique* (4).
- Mikotajewski, A. und L. Wojciuk (2016), »Die polnische Wandlung«, *Le Monde diplomatique* (2).
- Milanović, B. (2012), »Global Income Inequality by the Numbers in History and Now -An Overview«, World Bank Policy Research Working Papers, November.
- Reich, R. (2010), *Aftershock: The Next Economy and America's Future*, Alfred A. Knopf Verlag.
- Rodrik, D. (2017), »Too Late to Compensate Free Trade's Losers«, *Project Syndicate*, verfügbar unter: <https://www.project-syndicate.org/commentary/free-trade-losers-compensation-too-late-by-dani-rodrik-2017-04>.
- Sinn, H.-W. (2014), »Austerity, Growth and Inflation: Remarks on the Eurozone's Unresolved Competitiveness Problem«, *The World Economy* 37(1), 1–13.
- Stiglitz, J.E. (2012), *The Price of Inequality: How Today's Divided Society Endangers Our Future*, W. W. Norton Verlag, New York.
- Storm, S. und C.W.M. Naastepad (2015), »Europe's Hunger Games: Income Distribution, Cost Competitiveness and Crisis«, *Cambridge Journal of Economics* 39(3), 959–986.
- Schulmeister, St. (2010), *Mitten in der großen Krise. Ein New Deal für Europa*, Picus Verlag, Wien.
- ZVW (2016), »FDP-Vorsitzender Christian Lindner bei Stihl: Erbschaftsteuer abschaffen«, verfügbar unter: <http://www.zvw.de/inhalt.waiblingen-fdp-vorsitzender-christian-lindner-bei-stihl-erbschaftsteuer-ab-schaffen.d0808df2-bf79-4068-83af-015d1834eaac.html>.